



3. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 1. September 2014, 19:00 bis 20:35 Uhr
Ort	Saal reformiertes Kirchgemeindehaus ReZ
Vorsitz	Patrick Schnider (SP/Grüne), Gemeinderatspräsident
Anwesend	38 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Tanja Boesch Gabriela Dunst Marin Bäumle (Finanzvorstand)
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Andreas Sturzenegger: Bereich SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 2. Sitzung vom 7. Juli 2014
3. Interpellation Thomas Maier (glp/GEU) "Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse" / Beantwortung
GR Geschäft 226/2014
4. Interpellation Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" / Beantwortung
GR Geschäft 231/2014
5. Postulat Jürg Gasser (SP/JUSO) "Kinderkrippen" / Abschreibung
GR Geschäft Nr. 34/2007
6. Postulat Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Für eine faire Einbürgerung" / Abschreibung
GR Geschäft 135/2007
7. Postulat Kurt Berliat (CVP) und zwei Mitunterzeichnende "Ordnungsbussen für Littering" / Abschreibung
GR Geschäft Nr. 178/2008
8. Einzelinitiative Arnold Borer "Schaffung von Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen auf dem städtischen Grundstück Areal Leepünt, Dübendorf / Überweisung an den Stadtrat nach vorläufiger Unterstützung durch den Gemeinderat
GR Geschäft Nr. 12/2014



9. "Gleich lange Spiesse bei der Interpellation" - Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates
GR Geschäft 13/2014
10. Bürgerrechtsgesuche:
 - 10.1. Markovic Zorica und Stojisa, serbische Staatsangehörige, Kriesbachstrasse 61a, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 230/2014
 - 10.2. Büyüktas Ekber, türkischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Elif, Fatima und Emir, Riedweg 12, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 233/2014
 - 10.3. Liu Lifeng, chinesische Staatsangehörige, Usterstrasse 54, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 236/2014
11. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2014/2015



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur dritten Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Besonders begrüsst er Stadträtin Susanne Hänni, welche an dieser Sitzung zum ersten Mal anwesend ist. Er wünscht ihr für ihr Amt alles Gute.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 7. Juli 2014

Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:

- Bahnhofstrasse, Erstatz Glattbrücke, Glattquai, Sanierung und Umgestaltung sowie Umgestaltung von Glattpark bzw. Fischerweg, Projektgenehmigung, Kreditbewilligung
- Bettli-/Säntisstrasse, Freihändiger Landverkauf
- Papierabfuhr, Entschädigung an die Ortsvereine

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Ebenfalls eingegangen sind:

- Privater Gestaltungsplan „Giessen“

Dieses Geschäft wird derzeit durch die KRL vorberaten.

Folgendes ist beim Ratsbüro eingegangen:

- „Gleich lange Spiesse bei der Interpellation“ – Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates
 - Einzelinitiative Arnold Borer „Schaffung von Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen auf dem städtischen Areal Leepünt, Dübendorf“
- Beide Geschäfte werden an der heutigen Sitzung behandelt.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine.

2. Protokollgenehmigung der 2. Sitzung vom 7. Juli 2014

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. Juli 2014 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.



3. Interpellation Thomas Maier (glp/GEU) "Verkehrssituation auf der Hermikonstrasse" / Beantwortung GR Geschäft 226/2014

Stellungnahme

Thomas Maier (glp/GEU)

„Bei der Überweisung unserer Interpellation im Frühling dieses Jahres, habe ich festgehalten, dass die Verkehrssituation an der Hermikonstrasse zwischen Usterstrasse und Raubbühlstrasse schon seit einigen Jahren vor allem bei den betroffenen Anwohnern ein grosses Thema ist. Das Verkehrsaufkommen hat auf der sanierungsbedürftigen Strasse in den letzten Jahren spürbar zugenommen und damit verbunden die steigende Lärmbelastung und die zunehmend, vorsichtig ausgedrückt, schwierige Situation für Velofahrende, respektive den Langsamverkehr - vor allem in Kombination mit dem Fahrverbot entlang der Glatt und dem nur in einer Richtung bestehenden Velostreifen (stadtauswärts). Einigermassen erfreut entnehme ich nun der Antwort des Stadtrates auf unsere Interpellation, dass sich auch die Stadt Dübendorf dieser Probleme immerhin bewusst ist. Im Folgende gehe ich aus meiner Sicht ganz kurz die Antworten des Stadtrates durch - keine Angst, ich lese sie nicht wörtlich vor, da sie ja alle die Antworten schriftlich vor sich haben. Ich ergänze aber gerne unsere Position und Vorstellungen.

Antwort auf Frage 1 betreffend der allgemeinen Situation:

Erfreulicherweise erkennt auch der Stadtrat die schwierige Situation und bezeichnet diese als „unbefriedigend“. Die Antwort ist allerdings noch sehr offen formuliert in Bezug auf die erkannten Ursachen. Bei mir entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat als eine wichtige Ursache vor allem die Breite der Strasse anführt, die aus seiner Sicht zu schmal sei. Hier möchte ich ein erstes Mal deutlich widersprechen. Die Fahrbahnbreite ist wohl kaum die Ursache, ist das doch seit Jahrzehnten so, sondern wohl eher die massive Zunahme v.a. des Durchgangsverkehrs auf dieser Achse.

Antwort auf Frage 2 betreffend Lastwagenverbot:

Diese Antwort ist für uns sehr interessant. Offenbar, ich glaube diesen Zahlen, ist also der Lastwagenverkehr auf der Hermikonstrasse so minim, dass sich ein Verbot nicht rechtfertigt. Damit entfällt aus unserer Sicht auch ein wichtiges Argument für einen massiven Ausbau (resp. Verbreiterung) der Strasse - denn Lastwagen müssen offenbar selten bis nie mit Autos kreuzen können und für die Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Hermikon sowie Anlässe im Chreis genügt die Strassenbreite.

Antwort auf Frage 3:

Dass der Strassenkörper, der Belag und die Kanalisation sanierungsbedürftig sind ist nachvollziehbar und entspricht sicherlich den Tatsachen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass es jetzt zwei Projekte gibt, wo beim Zweiten auch die Anwohnerinnen und Anwohner mit einbezogen sind.

Antwort auf Frage 4 / 5 und 6:

Die Antwort des Stadtrates gibt Hoffnung, ist aber noch sehr vage und lässt vieles offen, für uns im Moment noch zu viel - sie ist auch entsprechend kurz. Ich komme dann im Fazit noch dazu.

Antwort auf Frage 7:

Ganz zum Schluss, bei der letzten Antwort, muss ich schon etwas den Kopf schütteln. Wie kommt der Stadtrat dazu, bei solch hohen Kosten, keine Kosten/Nutzenanalyse zu erstellen? Ich bin mir in der Privatwirtschaft gewohnt, dass dies schon für IT Projekte ab ½ Mio. quasi Standard ist. Man muss ja nicht gerade eine Doktorarbeit schreiben. Aber es muss doch klar sein, was es für Varianten gibt, welche Probleme mit welchen Ursachen mit welchen Lösungen zu welchem Preis behoben werden können.



Momentanes, heutiges Fazit:

Der Stadtrat erkennt die Probleme und geht sie offenbar aktiv und offen an, was uns sehr freut. Ich hoffe, dass die sehr kurzen, noch oft vagen Antworten, die sehr allgemein bleiben und wenig konkret sind dazu dienen, sich vor allem in Bezug auf der Umsetzung von Tempo 30 oder noch viel besser der Schliessung der Hermikonstrasse nach Hermikon in Richtung Schwerzenbach, sich alle Optionen offen zu halten. Hier möchte ich einfach wieder einmal klar und deutlich ein paar Worte und sagen wir mal, Wünsche, an die Stadt Dübendorf richten. Geht es um grosse Tempo 30 Zonen, argumentiert der Stadtrat damit, sie würden Einzellösungen bevorzugen. Geht es um eine Strasse, heisst es, wie jetzt wieder hier in der Antwort, ohne Quartierbezug gehe das nicht. Ja was denn nun? So kommen wir ja nie aus den Startlöchern. Ich verstehe, wenn die Stadt gegenüber der Kantonspolizei gut argumentieren und sich viel einsetzen muss, wenn z.B. Geschwindigkeiten, resp. Die Nichteinhaltung von Tempo 30, ein Thema sind. Genau darum fordern wir ja immer, dass Tempo 30 in exakt solche Projekte von der allerersten Sekunde der Planung an mit einbezogen wird! Ich werde irgendwie den Eindruck nicht los, dass sich die Stadt hier zu wenig stark macht. Wenn wir es jetzt in der Planung wieder nicht berücksichtigen, dann bauen wir die Strasse aus und verbreitern sie. Und dann? Nachträglich, wenn wir dann eine Rennbahn zur Eisbahn haben, wollen wir Tempo 30 beantragen? Das ist dann ja wohl komplett chancenlos. Um die enormen Kosten massiv senken zu können, bleiben wir dabei: eine Schliessung in Kombination mit Tempo 30 gleich im ganzen Sonnenbergquartier ist für uns die optimalste und beste Lösung, auch in Bezug auf die Finanzen. Damit wäre auch gleich das Problem des Velowegs zum Chreis gelöst. Und zum Schluss, würde es mich dann schon mal interessieren in welchem Gesetz und welcher Verordnung des Kantons oder des Bundes all diese Vorgaben zu Strassenbreite und Tempo 30-Zonen stehen. Wäre das wirklich so, würde ich wohl kaum in Dutzenden anderen Gemeinden im Kanton und diesem Landes auf so viele, kostengünstig umgesetzte Tempo 30-Zonen treffen.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion

Steven Sommer (SVP)

„Einmal mehr will man in der Stadt Dübendorf Tempo 30 aufzwingen. Eigentlich hat der Stadtrat schon vieles beantwortet. Was uns an der ganzen Interpellation stört, ist ganz klar der Begriff „Schleichweg“. Die Hermikonstrasse ist sicherlich kein Schleichweg, sondern die direkte Verbindungsstrasse von Dübendorf nach Schwerzenbach. Somit ist dies eine Hauptverkehrsachse. Eine Sperrung ist daher ganz und gar nicht in Betracht zu ziehen. Wenn man meint, dass man mit Tempo 30 das Verkehrsaufkommen stoppen kann, der irrt sich gewaltig. Dies zeigt uns ja das beste Beispiel in der Aussenwacht Hermikon. Seit der Einführung von Tempo 30 hat das Verkehrsaufkommen nicht nachgelassen. Dübendorf wird halt nun mal durchfahren. Dies zeigt aber auch, dass wir halt Verkehrsgünstig liegen oder auch nicht. Aber man sollte den Verkehr nicht mit sinnlosen Tempo 30 Zonen noch mehr verlangsamen, sondern dazu beitragen, dass er schnellst möglich abfließt. Wir werden genau hinschauen, wie die Hermikonstrasse geplant wird Ich könnte auch einen Vergleich mit der Glatt ziehen. Wenn wir Staumauern errichten, dass das Wasser weniger schnell abfließt, so ständen einige Felder entlang der Glatt dauernd unter Wasser. Auch ich wohne an einer Hauptverkehrsachse von Dübendorf. Und auch ich merke, dass der Verkehr von Jahr zu Jahr zunimmt. Dennoch darf man doch keine Verkehrsbehinderungen einbauen. Dies führt nur zu mehr Lärm und Stau. Zumal die Anderen Hauptverkehrsachsen auch sehr gut ausgelastet sind. Aber man merkt, dass Volksentscheide nicht gerne akzeptiert werden. Und so probiert man mit der Salamtaktik der Bevölkerung seinen Willen aufzudrängen. Zur Situation mit dem Velo. Stadtauswärts besteht ein Veloweg. Dies bedeutet aber nicht, dass dies ein Freipass für die Velos ist.



Schlussendlich müssen sich alle Verkehrsteilnehmer an die Regeln halten. Und wenn ich ganz ehrlich bin, sind die Velofahrer nicht die Diszipliniertesten. Aber dies ist nicht das Thema. Wer von der Eisbahn Stadtauswärts fahren will, der soll dies doch über die Sonnhaldenstrasse, die Greifenseestrasse und die Alte Gfennstrasse tun. Erstens ist es nicht viel weiter, zweitens viel ruhiger und es hat noch weniger Verkehr. Zudem führt dieser Weg durch eines der schönsten Quartiere von Dübendorf.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

4. Interpellation Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" / Beantwortung GR Geschäft 231/2014

Stellungnahme

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Bild des NZZ-Artikels vom Sa. 30.8.14: Ist das die "Sozialpolitische Strategie" in Dübendorf? Wer ist für die "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" zuständig? Oder anders gefragt: wer ist für solche Schlagzeilen zuständig, die nicht gerade ein gutes Licht auf Dübendorf werfen? In diesem Artikel sowie der Interpellation geht es um die „Sozialpolitische Strategie von Dübendorf“.

Die Begründung der Interpellation im März 2014 habe ich folgendermassen begonnen:

Organisatorisch wird unterschieden zwischen der strategischen und operativen Ebene. Bezüglich Sozialpolitik ist der Stadtrat die strategische Ebene und die Sozialbehörde die operative. Eine gute Sozialpolitik lebt aber davon, dass diese beiden Ebenen auch gut zusammenarbeiten. An der Gemeinderatssitzung vom 4. November zeigte sich leider ein anderes Bild als Stadtrat Spillmann als Sozialvorstand der Meinung des Gesamt-Stadtrates widersprach.

Dieser Widerspruch war auch mit ein Grund für diese Interpellation. Nun liegt die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation vor. Diese ist für mich nicht nur überraschend, sondern alarmierend. Gemäss Art 51 der Gemeindeordnung ist die Sozialbehörde für die Einhaltung und Ausübung der Gesetze zuständig, also für die operative Ebene. Für die Strategie ist klar der Stadtrat zuständig, dem wurde nie widersprochen und wird auch in allen anderen Städten so gehandhabt. Bei Frage 1 antwortet der Stadtrat, dass er auch künftig nicht geplant sein, seine Sicht einzubringen. Das bedeutet im Klartext, dass der Stadtrat sich hier weigert, seine Pflichten und Aufgaben wahr zu nehmen. Das ist alarmierend. Die Sozialpolitik von Dübendorf hat Auswirkungen auf unser Zusammenleben und zum Teil auch auf unsere Finanzen. Es kann doch nicht sein, dass der Stadtrat hier eine Vogel-Stauss-Politik betreibt, den Kopf in den Sand steckt und behauptet, das gehe ihn nichts an. Bei Frage 4 hatten wir nach den zentralen sozialen Herausforderungen gefragt. Hier sind in der Antwort nur finanzielle Aspekte erwähnt. Die Sozialpolitik sollte sich aber nicht auf das Verteilen von Geld beschränken. Eine gute Strategie beinhaltet bewusst viele verschiedene Aspekte und wenn dann Geld ein Aspekt ist, dann auch, welche Hilfe und Unterstützung sinnvoll und nötig ist, um mit weniger Geld möglichst viel zu erreichen. Die aktuelle Abschiebepolitik, die ja offensichtlich und leider auch in Dübendorf betrieben wird, hat für mich nichts mit Sozialpolitik oder Ethik zu tun. Jeder Mensch hat ein Recht auf Achtung, das steht auch in den Menschenrechten. Was die NZZ am Samstag berichtet, hat nichts mehr mit Menschenrechten zu tun und kann als menschenverachtend eingestuft werden. Das muss sich ändern. Auch die Antwort auf Frage 6 zeigt das Desinteresse des Stadtrates. „Der Stadtrat pflegt den Informationsaustausch mit der Sozialbehörde nach Bedarf. Die



Philosophie wird nicht abgestimmt.“ Das muss sich wohl sehr rasch ändern. Kommen wir nochmals auf den März und damit auf die Begründung der Interpellation zurück. Damals hatte ich erwähnt:

Wir sind uns bewusst, dass 7 Fragen relativ viele Fragen sind. Die Antworten sollten dann aber ein klares Bild der Sozialpolitischen Strategie der Stadt Dübendorf zeigen. Wir bitten den Stadtrat die Fragen ausführlich zu beantworten und uns damit einen klaren, verständlichen Einblick in seine Strategie zu geben. Dafür habe ich mich bereits bedankt, auch im Namen der Unterzeichnenden und anderen Interessierten.

Nach der Beantwortung muss und will ich mich aber doch beim Stadtrat für die aufschlussreichen Antworten bedanken. Wir haben nun tatsächlich ein klares Bild der Sozialpolitischen Strategie. Oder anders gesagt, wir wissen nun, dass es keine solche Strategie gibt und leider auch das Interesse eine solche zu erstellen offensichtlich fehlt. Schade, denn eine solche Strategie wäre für Dübendorf zentral, auch für das Image unserer Stadt, das durch die aktuelle Sozialpolitik, wie wir es in der Zeitung lesen mussten, leider einen grossen Schaden nimmt.“

Stellungnahme Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP)

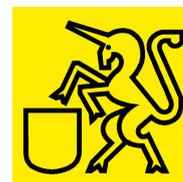
„Ich muss folgende zwei Richtigstellungen bekannt geben:

1. Die Liegenschaft, welche im Zeitungsartikel der NZZ abgebildet ist, befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Dübendorf.
2. „Dübendorf betreibe Abschiebepolitik“ weise ich entschieden zurück, Frau Kennel.“

Allgemeine Diskussion

Stefanie Huber (glp/GEU)

„Die Benennung von Herausforderungen ist als Analyse der Ist-Situation ein erster Schritt, aber noch lange keine Strategie. Die Fragen sind nur Bausteine einer sozialpolitischen Strategie, aber die Begründung anlässlich der März-Sitzung und der Titel hätten dem Stadtrat durchaus den Blick über die 7 Fragen hinaus erlauben dürfen. Selbst die Beantwortung der eigentlichen Fragen wirkt – Sie verzeihen den Ausdruck – reichlich lustlos. Der Ruf Dübendorfs bezüglich lausiger sozialer Unterstützung wird so wieder einmal zementiert. Die Finanzen scheinen das einzige, was zählt. Wir sind uns bewusst, dass auch in der Dübendorfer Verwaltung engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich tagtäglich um das Wohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Dübendorf einsetzen. Die Antwort atmet aber einen Beamtenmuff sondergleichen. Da führt jeder seine Arbeiten gemäss Gesetz und Gemeindeordnung aus, z.B. „die Philosophie wird nicht abgestimmt, da die Kompetenz für die Sozialhilfe bei der Sozialbehörde liegt“. Ganz nach dem Motto „leben und leben lassen“, jeder soll für sich werkeln, dann muss man sich auch nicht gegenseitig auf Fehler und Unterlassungen hinweisen. So kann man wunderbar aneinander und an der Realität vorbei arbeiten – leiden müssen die betroffene Bevölkerung und der gesellschaftliche Zusammenhalt der Zukunft. Das Thema Sozialpolitik ist nicht erst seit den Debatten zur Sozialhilfe der letzten Tage in den Medien brandaktuell und speziell in Dübendorf schon vor den Berichten des Wochenendes im Fokus. Dübendorf als grosse Agglomerationsgemeinde ist ganz sicher nicht eine Stadt, die sich in den nächsten Jahren bei Gesellschaftsanliegen zurücklehnen kann. Da dürfte man doch etwas mehr Engagement erwarten als eine Lavierei, was denn nun mit der sozialen Herausforderung gemeint sei, wie sie der Stadtrat unter Frage 4 liefert. Es geht um mehr, als die Sozialhilfebeiträge nach den Richtlinien von Kanton und Bund auszurichten – das wurde in der Begründung zur Interpellation klargemacht. Haben Sie bei den zuständigen Personen bei der Integration, der Jugendarbeit oder in den Schulen nachgefragt, welche sozialen Themen aufgegriffen werden müssten? Vor dem nächsten Schritt bezüglich weiterer politischer Vorstösse werden wir die Legislaturziele studieren, die ja in den nächsten Tagen veröffentlicht werden sollen. Wir werden den Stadtrat dann bei seinen eigenen Zielen packen und auf die eine oder andere Weise auf die Frage nach der sozialpolitischen Strategie



zurückkommen resp. die Massnahmen erfragen und allenfalls anstossen. Unsere Voten heute verhelfen noch niemandem zurück in die Selbständigkeit oder zu einem Freundeskreis, dessen bin ich mir bewusst. Aber als Stadt mit der Definition von „sozial Herausforderung“ zuzuwarten, bis einen diese Probleme dann überrollen, das können wir uns weiss Gott nicht leisten.“

Patrick Walder (SVP)

„Die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation stimmt uns positiv. Der Stadtrat bekräftigt, dass die Sozialbehörde als Behörde mit selbstständiger Verwaltungsbefugnis funktioniert und auch selbstständig bleiben soll. Gemäss Antwort des Stadtrats gibt es keine Bemühungen, dass der Stadtrat als Behörde der Sozialbehörde in ihre Arbeit rein funkt oder die Entscheidungsbefugnisse der Sozialbehörde ändern möchte. Weiter freut es die SVP, dass der Stadtrat keinen Wiedereintritt in die SKOS erwägt. Die SVP-Fraktion sieht hinter dem Austritt aus der SKOS eine wichtige Zeichen gegen ein ausuferndes Sozialhilfesystem und ein wichtiger Schritt in Richtung kommunaler Unabhängigkeit. Im Namen der SVP bedanke ich mich bei allen Mitgliedern des Gemeinderats. Mit der einstimmigen Wahl der bisherigen Mitglieder der Sozialbehörde wurde sowohl der Austritt aus der SKOS parlamentarisch legitimiert sowie den bisherigen Entscheidungsträgern in der Sozialbehörde auch für die zukünftige Legislatur das Vertrauen ausgesprochen. Wäre der Gemeinderat mit dem Austritt aus der SKOS oder der Arbeit der Sozialbehörde nicht einverstanden, so hätte man am 07.07.2014 bei der Wahl dieser Behörde mit Sicherheit Wortmeldungen gehört oder Gegenstimmen notiert. Dies war, wie wir alles wissen, nicht der Fall. Wir hoffen, dass mit dieser Interpellation das Thema SKOS nun endgültig vom Tisch ist.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

5. Postulat Jürg Gasser (SP/JUSO) "Kinderkrippen" / Abschreibung GR Geschäft Nr. 34/2007

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) erklärt den Grund für die Traktandierung des Geschäfts: „Zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 hat der Stadtrat beantragt, folgende drei Postulate abzuschreiben:

- „Kinderkrippen“ von Jürg Gasser
- „Für eine faire Einbürgerung“ von Andrea Kennel und 4 Mitunterzeichnenden (Traktandum 6)
- „Ordnungsbussen für Littering“ von Kurt Berliat und 2 Mitunterzeichnenden (Traktandum 7)

Der Gemeinderat hat den Geschäftsbericht 2012 an der Sitzung vom 1. Juli 2013 genehmigt und kann somit über die Abschreibung oder Aufrechterhaltung der Postulate entscheiden. Im Jahr 2013 wurde versäumt, dies zu traktandieren und wird nun nachgeholt.

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulats mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Das Postulat Jürg Gasser (SP/JUSO) „Kinderkrippen“ wird abgeschrieben.



**6. Postulat Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Für eine faire Einbürgerung" / Abschreibung
GR Geschäft 135/2007**

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulats mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Das Postulat Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende „Für eine faire Einbürgerung“ wird abgeschrieben.

**7. Postulat Kurt Berliat (CVP) und zwei Mitunterzeichnende "Ordnungsbussen für Littering" / Abschreibung
GR Geschäft Nr. 178/2008**

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulats mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Das Postulat Kurt Berliat (CVP) und 2 Mitunterzeichnende „Ordnungsbussen für Littering“ wird abgeschrieben.



8. Einzelinitiative Arnold Borer "Schaffung von Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen auf dem städtischen Grundstück Areal Leepünt, Dübendorf . Überweisung an den Stadtrat nach vorläufiger Unterstützung durch den Gemeinderat GR Geschäft Nr. 12/2014

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider erläutert das Vorgehen betreffend vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative:

„Die Einzelinitiative wurde beim Ratsbüro eingereicht, welche die Stimmberechtigung des Initianten überprüfen liess. Diese wurde durch das Einwohneramt Dübendorf bestätigt. Wenn die Einzelinitiative von mind. 14 Ratsmitglieder die vorläufige Unterstützung erhält, wird sie an den Stadtrat überwiesen. Wenn die vorläufige Unterstützung nicht erreicht wird, gilt sie als gescheitert und wird als erledigt abgeschrieben.“

Diskussion

Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Der Gemeinderat ist eingeladen, die Einzelinitiative Arnold Borer zu beurteilen und fasst heute einen Entscheid, ob das Begehren weiterverfolgt werden soll oder nicht. Für Aussenstehende tönt der Vorstoss verlockend, da soll nämlich im Zentrum Dübendorfs an zentraler Lage Wohnraum für Senioren mit Serviceleistungen geschaffen werden. Wer möchte später im Alter nicht einmal im Zentrum wohnen? – Doch der Schein trügt. Die Einzelinitiative verdient keine Unterstützung des Dübendorfer Parlaments und zwar aus folgenden Gründen: Der Vorstoss möchte im Stadtzentrum Wohnraum für Senioren mit Service-Dienstleistungen schaffen, durchaus vergleichbar mit dem künftigen Angebot des Alters- und Spitex-Zentrums. Mit anderen Worten torpediert die Einzelinitiative die Baukreditvorlage ASZ. Im Glattaler publizierte Arnold Borer verschiedenste kritische Beiträge über das bedeutende Vorhaben. Aus seiner Sicht sei das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt viel zu teuer und zu kostspielig im Bau und Betrieb. Die dezentralen Pflegewohnungen seien wirtschaftlich wesentlich attraktiver bezüglich Investitionen und Betrieb. Die wahre Absicht des Initianten ist vor diesem Hintergrund klar erkennbar und den heute Vorstoss abzulehnen.

Ergänzend ist festzuhalten, dass Arnold Borer vor einiger Zeit als Leiter des ASZ erfolgreich wirkte und unter seiner Leitung wurde das Angebot an Pflegewohnungen markant ausgebaut. Diese Art der Betreuung im Alter hat auch ihre klaren Vorteile, ich denke in diesem Zusammenhang an die grosse Flexibilität und die tiefen Investitionskosten. Andererseits ist der dezentrale Betrieb auch nicht immer einfach zu bewältigen. Persönlich stupe ich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beiden Betriebsformen als ideal und zweckmässig ein. Heute Abend müssen wir uns heute nicht mehr mit der ASZ- Strategie im Detail auseinandersetzen. Der GR legte die Zielrichtung in den letzten Jahren mehrmals klar und deutlich fest, nämlich die Sanierung und die Erweiterung zentral im Wil zu realisieren: Ich erinnere an folgende Beschlüsse

- a) Gewährung Planungskredit 1,7 Mio. CHF, vom Souverän an der Urne bewilligt und damit von SR&GR vorgegebene Strategie bestätigt
- b) Nachtragskredit Planungsarbeiten als Vorentscheid für den Baukredit (ausgesprochenes Mehrheitsverhältnis mit nur 6 Neinstimmen)
- c) Der eigentliche Baukredit ASZ beschlossen im April 2014 mit gleichem Stimmenverhältnis; nun ist der Souverän aufgerufen, den letzten – und so hoffe ich persönlich auch – letzten Entscheid für eine erfolgreiche Projektumsetzung Ende September zu treffen.

Die künftige Gestaltung des Stadtzentrums im Gebiet Leepünt ist im Dübendorfer Gemeinderat ein langjähriges und schwieriges Thema. Das Spektrum der Meinungen geht – und das darf ich mit meiner über 16jährigen Erfahrung in diesem Rat mit Fug und Recht feststellen – weit auseinander. Als Beispiel dienen folgende Feststellungen: Der SR kann nicht einmal seine Ideen fertig formulieren und schon wieder wird das Projekt blockiert. Ich erinnere an folgende Punkte: Da entwickelte der SR im letzten Herbst sorgfältig und fundiert eine Vorlage für eine neue Stossrichtung, informierte den GR, früh und umfassend, lädt die KRL und die GRPK zu einer fundierten Informationsveranstaltung ein



und gibt gar die seltene Möglichkeit zu einer informellen Vernehmlassung. Schön und gut – und schon wieder wird die neue Leepünt-Strategie torpediert. Jetzt soll plötzlich wieder ein sehr grosser Gemeindesaal entstehen, der weder kaum je beansprucht noch einigermaßen sinnvoll finanziert werden kann. Die Volksinitiative behandelt derzeit die GRPK. Machen wir das Thema Leepünt nicht mit einer zusätzlichen Initiative mit einer völlig anderen Stossrichtung noch komplizierter. Die Einzelinitiative zielt nach meiner Einschätzung ins Leere und ist deshalb abzulehnen.“

Pascal Scattolin (SP/Grüne)

„Seniorenwohnungen auf dem Leepünt. Das tönt gut. Wer wäre schon nicht für 20-30 Seniorenwohnungen mitten im Zentrum von Dübendorf? Diesen Teil der Initiative würden wir deshalb gern unterstützen und in unserer Fraktion gab es deshalb eine längere Diskussion über Für und Wider. Aber weiter zählt der Initiant noch eine Pflegeabteilung Pflegewohnung, einen Spitex-Stützpunkt und anderes mehr auf. Ein neues Alters- und Spitexzentrum also. Genau über eine Erweiterung unseres Alters- und Spitexzentrums aber stimmen wir am 28. September ab. Unter anderem wird dort auch das Spitexzentrum erneuert und ausgebaut. Es ist uns allen bekannt, dass der Initiant sich vehement gegen den Erweiterungsbau des Alters- und Spitexzentrums einsetzt. Aus seiner Sicht, wäre es daher logisch, ein zweites etwas kleineres Alters- und Spitexzentrum zu bauen. Da wir uns klar für die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums ausgesprochen haben, können wir diese Initiative deshalb nicht unterstützen. Wir brauchen kein zweites Alters- und Spitexzentrum auf dem Leepünt. Seniorenwohnungen sind auch mit der bereits eingereichten Initiative Stadtkern problemlos möglich. Unsere Fraktion unterstützt diese Einzelinitiative deshalb nicht.“

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Die vorliegende Einzelinitiative nimmt von uns aus gesehen eine zukunftssträchtige Entwicklung auf. Die glp/GEU-Fraktion plädiert darum dafür, vorläufig zu unterstützen. Eine Machbarkeitsstudie müsste unseres Erachtens folgende Punkte enthalten:

- Man müsste abklären, ob es Interesse für ein solches Angebot bei Anbietern resp. Investoren gibt
- Man müsste das Interesse bei den Senioren abklären.
- Und sicher müsste man das Geschäft auch Planerisch anschauen in Bezug auf eine mögliche Kombination mit anderen Nutzungen auf dem Leepünt bzw. mit möglichen Nutzungskonflikten.

Wichtig ist für unsere Fraktion insbesondere, dass ein allfälliges Angebot von Seniorenwohnungen auf dem Leepünt-Areal durch eine private Bauherrschaft bereitgestellt wird. Diese Möglichkeit wird ja auch vom Initiant ausdrücklich in Betracht gezogen. Uns ist es bewusst, dass das Angebot von Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen in einer gewissen Weise in Konkurrenz zum überdimensionierten Erweiterungsbau im Alters- und Spitexzentrum, falls dieser die Hürde der Volksabstimmung nehmen wird, stehen würde. Für diesen Fall behalten wir uns vor, unsere Meinung aus finanzpolitischen Überlegungen zu ändern, wenn in Zukunft die definitive Unterstützung dieser Einzelinitiative gefragt wird. Wenn der überdimensionierte Erweiterungsbau kommen würde, müssten wir uns anstrengen, damit dieser eine möglichst gute Auslastung erreichen kann. Dann wäre es finanzpolitisch unklug, wenn man mit einer Machbarkeitsstudie nachher tatsächlich auch noch den Startschuss für die Konkurrenz geben würde, selbst wenn diese Konkurrenz zukunftssträchtig ist. Auch in diesem Sinn verstehen wir unsere Unterstützung als vorläufig.“

Patrick Schärli (CVP)

„Die CVP Fraktion wird die vorliegende Einzelinitiative nicht unterstützen. Der Erweiterungsbau des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf (ASZD) welcher am 28. September zur Volksabstimmung kommt deckt alle hier gestellten Forderungen nahezu lückenlos ab und bringt die verlangten Lösungen und Kapazitäten. Die CVP Dübendorf befürwortet dieses Konzept und setzt sich für ein Ja an der Urne ein. Somit ist diese Initiative unnötig und torpediert das ASZ Projekt welches auch von Stadt- und Gemeinderat sowie Sozialbehörde unterstützt wird.“



Bruno Fenner (BDP)

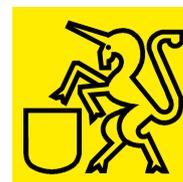
„Schön wäre es gewesen wenn alle Fraktionen diese unsinnige Einzelinitiative ignoriert und diskussionslos beerdigt hätten. Da sich aber bereits einige Fraktionen zu Wort gemeldet haben, möchte ich doch noch einiges richtig stellen. Gemäss Gemeindeordnung ist es durchaus legitim das Mittel der EI zu benutzen. Was ich aber nicht "goutiere" ist, wenn man dieses demokratische Mittel für einen Egotrip sondergleichen missbraucht. Es ist ja offensichtlich, dass diese Initiative im unmittelbaren Vorfeld der Volksabstimmung für den tollen und zukunftsgerichteten Ergänzungsbau des Alters und Spitexzentrums, in der Bevölkerung nur für unnötige Verwirrung sorgen möchte. Machen wir doch einen Schritt nach dem andern. Bevor wir Wünschenswertes planen, müssen wir die dringend notwendigen Pflegebetten unserer Bevölkerung zu Verfügung stellen. Alles andere wäre unsensibel und verantwortungslos. Ein weiterer Ausbau ist unter "nice to have" abzuhandeln. Und wenn schon der Wunschkatalog für das Leepünt-Areal geöffnet wird, hätte ich neben dem Stadtsaal, Wohnüberbauung, Hotel, Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen auch noch einen Wunsch anzubringen. Wir werden in den nächsten Jahren, sicher noch Platz und Raum für eine weitere Demenzabteilung brauchen. Auch hier würde sich das Leepünt - Areal bestens anbieten. Wie bereits eingangs erwähnt, verzichte ich bewusst auf eine materielle Behandlung der Initiative. Ich bitte sie meine Damen und Herren diese absolut unnötige Initiative nicht zu unterstützen.“

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 6 Ratsmitglieder

Beschluss

1. Die Einzelinitiative Arnold Borer „Schaffung von Seniorenwohnungen mit Serviceleistungen auf dem städtischen Areal Leepünt, Dübendorf“ wird nicht vorläufig unterstützt und somit sofort abgeschrieben.



9. "Gleich lange Spiesse bei der Interpellation" - Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates GR Geschäft 13/2014

Stellungnahme Sprecherin Büro Gemeinderat

Barbara Schori (CVP)

„Das Büro Gemeinderat hat in einer knappen Abstimmung beschlossen, auch die Änderung zur Ablehnung zu empfehlen, weil wir der Meinung sind, dass eine Begründung bei der Einreichung von Initianten für den gesamten GR und Öffentlichkeit interessanter sei, als wenn man sie erst bei der Beantwortung durch den SR begründen kann. Eine Kommunikation gegen aussen ist wichtig und kann dann auch zu Debatten in der Öffentlichkeit führen.“

Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

„Eine Interpellation ist das gleiche politische Mittel wie die Anfrage. Im Unterschied zur Interpellation wird die Anfrage aber nicht im Rat behandelt. Eine Interpellation wird also dann gewählt, wenn es nicht hauptsächlich nur um die zu erhaltene Antwort geht, sondern um damit eine politische Botschaft auszusenden. Wir kennen unsere Form der Interpellation schon lange und ich habe mich immer gewundert, wieso diese Form des politischen Vorstosses noch nie von jemandem hinterfragt wurde. Ich glaube auch zu wissen wieso dies so ist. Würde nämlich der Gemeinderat Orlando Wyss jede zweite Sitzung eine Interpellation in heutiger Form einbringen, wären meine politischen Freunde der linken Rat Seite schon lange auf diesen Gedanken gekommen. Denn das Mittel der Interpellation wird vergleichsweise selten angewendet. Und dann gibt es auch zwei Arten der Anwendung. Erstens als Mittel eines grossen Teil des Gemeinderates auf ein Problem hinzuweisen, wie kürzlich bei der dringlichen Interpellation Stefan Kunz über die Postversorgung Dübendorf, bei der sehr wahrscheinlich alle 39 Ratsmitglieder unterschrieben hätten, wäre dies zeitlich und logistisch möglich gewesen. Bei dieser Art der Interpellation geht es um das Öffentlich machen eines Problems und weniger um die Antwort des Stadtrates dazu, weil diese absehbar ist. Die zweite Art der Interpellation ist die Bekanntmachung einer politischen Meinung eingepackt in einige Fragen, wobei auch hier die Antworten nicht das eigentliche Ziel ist. Wären die Antworten das Ziel, könnte man auf den Ressortvorsteher oder die Ressortvorsteherin direkt zugehen und im direkten Gespräch diese Fragen klären und sogar noch Anschlussfragen oder Verständigungsfragen stellen. Ich habe dieses politische Mittel der Interpellation auch schon benutzt, wie zum Beispiel zum Militärflugplatz Dübendorf und es hat sehr wahrscheinlich einige im Saal geärgert, dass sie keine Stellung nehmen konnten. Sehr wahrscheinlich aber zu wenig, wie ich eingangs schon erwähnt habe. Also kann man getrost sagen, die Interpellation ist ein Mittel, um eine politische Haltung oder Mitteilung kund zu tun. Im Gegensatz zu einer Fraktionserklärung bekommt man vom Stadtrat noch eine Antwort darauf. Die Fraktionserklärung ist aber das Instrument, um ohne Diskussion eine politische Haltung öffentlich zu machen. Die Interpellation ist das Mittel für eine politische Diskussion. Also ist es doch systemwidrig, dass jemand eine viertel Stunde lang politische Meinungen in den Raum stellen kann, ohne dass diejenigen, welche mit diesen Ausführungen nicht einverstanden sind, sich dazu äussern können. Vier Monate bis zur Antwort des Stadtrates bleibt die Sichtweise des Interpellanten unwidersprochen im Raum stehen. Dies ist eigentlich demokratiefremd und einem Parlament unwürdig. Die Interpellation soll wie eine Anfrage schriftlich formuliert und begründet werden und stillschweigend eingeschickt oder an einer Ratssitzung eingereicht werden. Nach der Beantwortung des Stadtrates kommt das Geschäft in den Gemeinderat und der Interpellant sowie weitere Ratsmitglieder können sich dazu äussern. Das ist das normale Vorgehen, welche auch im Kantonsrat so gehandhabt wird. Es ist auch keine Einschränkung der demokratischen Rechte, sondern das Gegenteil. Weil alle Ratsmitglieder gleich lange Spiesse haben, wird ein störendes Element entfernt. Da ich auch nicht die im Kantonsrat geltende Regelung übernommen habe, dass ein neuntel der Ratsmitglieder eine



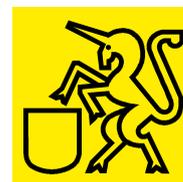
Interpellation unterschreiben müssen damit sie eingereicht werden kann, ist es auch in Zukunft unserem fraktionslosen Kollegen Arthur Gasser ohne weiteres möglich, ohne Unterstützung von anderen eine Interpellation einzureichen. Wie Sie sehen, spricht alles für diese Änderung der Geschäftsordnung. Ich sehe keinen einzigen Grund, welcher sich gegen diesen Änderungsvorschlag anbringen liesse, ausser vielleicht, dass er von mir stammt. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.“

Hans Baumann (SP/Grüne)

„*Gleich lange Spiesse*, das klingt gut. Aber in Wirklichkeit geht es beim Verbot der mündlichen Begründung von Interpellationen nicht um Gleichheit oder Gerechtigkeit. Ich befürchte, dass bei Annahme dieses Antrags im Gemeinderat noch weniger gesprochen wird und die Zeitungen noch weniger über unsere Ratsgeschäfte berichten können. Soll etwa die Politik nur noch im geheimen Kämmerlein und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gemacht werden? Wir betrachten diesen Antrag auch als einen Versuch, die demokratischen Rechte zulasten der aktiven Fraktionen zu beschränken. Ich könnte diesen Antrag noch eher verstehen, wenn unser Parlamentsbetrieb chronisch überlastet wäre und wir in einem Haufen von Geschäften und Vorstössen untergingen. Aber leider ist das Gegenteil der Fall. Unser Parlamentsbetrieb lahmt. Im Jahr 2013 wurden gemäss Geschäftsbericht nur neun Vorstösse eingereicht. Davon kamen sieben aus unserer Fraktion und aus der geu/GLP-Fraktion. Von allen anderen Fraktionen also nur zwei Vorstösse (übrigens von der gleichen Person)! Wenn man das über mehrere Jahre anschaut, ergibt sich ein erschreckendes Bild. Über ein Drittel aller Parlamentsmitglieder haben überhaupt noch nie einen Vorstoss eingereicht. Dies obwohl sie teilweise schon viele Jahre im Rat sitzen. 10 von 13 SVP-Gemeinderäten und 3 von 4 FDP-Ratsmitgliedern hatten bis Ende letzten Jahres noch nie von ihren parlamentarischen Rechten Gebrauch gemacht. Fast jede zweite Gemeinderatssitzung wird „mangels Geschäften“ abgesagt. Das ist traurig. Parlament kommt aus dem altfranzösischen Wort „parlement“ und bedeutet „der Ort, wo man zusammen spricht“. Die InitiantInnen dieses Antrags sind aber offensichtlich nicht besonders daran interessiert, Debatten im Parlament auszutragen. Ich weiss, dass in den Kommissionen und Behörden teilweise sehr seriös und viel gearbeitet wird. Aber dort sind die Diskussionen vertraulich, die BürgerInnen und Bürger wissen nicht, was dort geschieht. Nur im Rat selber herrscht wirklich Öffentlichkeit. Die Gemeinderatsdebatten sind transparent und für alle zugänglich. Hier kann das Interesse für die städtische Politik geweckt werden - und jetzt will die SVP, sekundiert von der FDP, die parlamentarische Debatte noch mehr beschränken, indem das Interpellationsrecht „kastriert“ wird. Begründet wird der Antrag u.a. damit, dass auch im Kantonsrat die Interpellation nicht mündlich begründet werden kann. Aber bitte: Unser Gemeinderat ist doch nicht mit dem Kantonsrat zu vergleichen! Der Kantonsrat hat 2013 472 Geschäfte behandelt. Darunter befanden sich 108 parlamentarische Vorstösse! Da verstehe ich, dass man ein wenig mehr auf Effizienz der Ratsgeschäfte schauen muss. Aber bei uns mit unseren 9 Vorstössen..... In den vergleichbaren Parlamentsgemeinden im Kanton wird übrigens das Verfahren bei der Interpellation genau wie bei uns oder ähnlich wie bei uns gehandhabt. So kennen Uster, Wetzikon, Illnau-Effretikon oder Wädenswil wie wir die mündliche Begründung bei der Einreichung. Selbst der Gemeinderat von Winterthur kennt die vorgängige mündliche Begründung, allerdings nur beim Antrag auf Dringlichkeit einer Interpellation. Der Antrag der SVP ist unnötig und wir schauen ihn als eine Beschränkung der demokratischen Rechte an. Er ist zudem unüblich für Parlamentsgemeinden von vergleichbarer Grösse. Wir bitten deshalb den Rat, diesen Vorstoss abzulehnen.“

Stefanie Huber (glp/GEU)

„Ich nehme es gerade vorweg: Die glp/GEU werden den Antrag ablehnen. Die heutige Interpellation zur Sozialstrategie hat wieder einmal mehr gezeigt, dass eine mündliche Begründung sinnvoll wäre. Der Stadtrat konnte so nämlich nicht sagen, dass er von unsere weitergehenden Fragen – welche vielleicht über den reinen Text hinausgehen – nicht gewusst habe, da wir den Hintergrund dieser Fragen an der März-Sitzung des Gemeinderates begründet haben. Auch wusste er so, was wir mit



den Fragen erreichen wollten. Interpellationen sind nämlich auch häufig der erste Schritt um abzuholen, was eigentlich die Idee ist. Wenn man dann die Information schwarz auf weiss hat, kann man weitermachen. Das Recht auf eine Interpellation steht jedem zu, von dem her finde ich nicht, dass man es als undemokratisch bezeichnen könnte, wenn nicht immer alle zu allem Stellung nehmen können. Nebst dem, dass man Themen von Anfang an öffentlich machen will, gibt es auch noch einen dritten Grund für die Ablehnung, nämlich dass man den Hintergrund deutlich machen kann. So hat der Stadtrat mehr Background für seine Beantwortung. Der Stadtrat kommt bei diesem Geschäft nicht zu Zug, vielleicht kann er aber trotzdem Stellung nehmen, ob er eine mündliche Begründung als sinnvoll erachtet oder ob sie aus seiner Sicht auf unnötig sei.“

Patrick Walder (SVP)

„Hans Baumann, ist das nicht herrlich? Wir diskutieren über etwas. Wir haben die Möglichkeit dazu, weil es die Geschäftsordnung zulässt. Wir diskutieren über ein Thema, das eingegangen ist und jede Fraktion hat die gleich Möglichkeit, ihre Meinung dazu zu äussern. Ich sehe nicht, was daran falsch sein sollte. Hans Baumann, du selbst hast gesagt, wie wichtig es in einem Parlament ist, miteinander zu reden, streiten und diskutieren, um am Schluss zu einem Ergebnis zu kommen. So dass auch die Bevölkerung sieht, wie wir dabei sind und um was es geht. Dies ist unmöglich, wenn es sich nur um eine einseitige Darstellung handelt. Mit einer Interpellation haben wir die Möglichkeit, dass jemand ein Schriftstück einreicht. Er begründet und stellt seine Fragen schriftlich. Und dann hat er heute die Möglichkeit, was absolut keinen Sinn macht, vor den Rat zu stehen und mündlich zu erklären, wieso dass er zu diesen Fragen komme. Das stärkste Instrument unserer Demokratie ist doch die Volksinitiative. Mit dieser verändern wir die Verfassung und die Gemeindeordnung. Bei der Einreichung einer Volksinitiative besteht keine Möglichkeit, der Dübendorfer Bevölkerung und den Medien zu erklären, wieso dass dieses starke Instrument eingesetzt wird. Wieso soll das einseitig möglich sein bei einem Schriftstück, dass nichts anderes beinhaltet als Fragen an den Stadtrat? Wenn du, Hans Baumann, sagst, dass im Rat zu wenig diskutiert wird, dann weisst du auch, als ehemaliges Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, dass es dort wichtig ist, dass eine gute und konstruktive Diskussionskultur herrscht. Denn dort wird die konstruktive Politik gemacht. Und dann geht es darum, mit dieser Politik in den Rat zu gehen und dort über die verschiedenen Meinungen zu streiten und sich selbst, seine Partei und seine Meinung zu positionieren. Und das ist nur möglich, wenn Rede und Gegenrede möglich ist. Und aus diesem Grund bitte ich Sie ganz dringend, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.“

Orlando Wyss (SVP)

„Ich möchte kurz auf die Behauptung von Hans Baumann, dass wir mit einer Änderung der Geschäftsordnung zu wenig diskutieren würden, reagieren. Das ist ja genau das, was ich an der heutigen Art bemängle. Es findet heute nämlich bei der Begründung keine Diskussion statt. Patrick Walder hat zu Recht gesagt, dass eine Rede und Gegenrede wichtig ist. Wenn aber nur eine Rede stattfindet, worauf man nicht reagieren kann, dann hat dies doch nichts mit einer Diskussion zu tun. Um das geht es hier nämlich. Um ein Statement abzugeben haben wir das Instrument der Fraktionserklärung. Damit kann man auf ein Problem reagieren und seine Meinung dazu kundtun. Der heutige Antrag hat nichts damit zu tun, dass wir eine Diskussion unterbinden wollen. Im Gegenteil: Wir wollen diese Diskussion eigentlich fördern. Und wenn diese Diskussion bei der Begründung führen könnte, dann wäre ich auch einverstanden. Aber das kann ich aufgrund der heutigen Geschäftsordnung nicht. Darum ist es für mich heute ein undemokratisches Mittel und eine Änderung hat nichts mit einer Behinderung der Demokratie zu tun. Im Gegenteil: Mit einer Änderung hat jeder die gleiche Möglichkeit, vorne etwas zu sagen. Und was Stefanie Huber sagte erstaunt mich etwas. Es ist fast eine Frechheit, was Stefanie Huber unserem Stadtrat unterstellt. Nämlich, dass er die Fragen nicht verstehen würde. Der Regierungsrat ist in der Lage, eine schriftlich eingereichte Interpellation zu verstehen. Aber scheinbar nicht unser Stadtrat. Und diese Aussage finde ich eine dicke Post. Wenn man andererseits eine schriftliche Anfrage stellt, dann kann man diese ja auch



nicht mündlich begründen. Somit muss man eine schriftlich Anfrage aufs Papier bringen können. Und wer nicht in der Lage ist, eine Interpellation so auszugestalten, dass der Empfänger versteht, was gemeint ist, der sollte wohl gar keine Interpellationen einreichen. Also nochmals: Es geht überhaupt nicht darum, dass man die demokratischen Rechte beschneiden will. Sondern es geht darum, dass wenn jemand etwas sagt im Rat, dass ein anderer dazu seine Meinung abgeben kann. Das ist der Grund für die Einreichung dieses Änderungsantrages.“

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne)

„Im Rat kam der Wunsch auf, dass der Stadtrat sich zu dieser Änderung äussern möge. Somit gebe ich gerne dem Stadtrat das Wort, wenn er sich äussern möchte.“

Auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten melden sich keine Ratsmitglieder, die gegen eine Äusserung des Stadtrates sind.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Dies ist eine Debatte, die eigentlich der Gemeinderat führen muss. Nämlich zur Frage, wann ein Gemeinderat zu was sprechen will. Der Stadtrat wird sich aus den Reglementierungen des Gemeinderates raushalten. Ich habe nur eines festgestellt: Für uns als Stadtrat gibt es genau gleich viel Arbeit, denn wir müssen sowieso eine Antwort schreiben. Von dem her bitte ich um Verständnis, dass ich für Ihre Anliegen nicht äussern werde. Das ist Ihre Debatte und Ihr Entscheid.“

Abstimmung

Dem Antrag auf Änderung des Art. 51 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird mit 21 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

1. Der Art. 51 Abs.1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird wie folgt geändert:
„Die Interpellation wird vom Interpellaten bzw. Erstunterzeichner schriftlich eingereicht. Die Behandlung im Gemeinderat findet erst nach der stadträtlichen Antwort statt.“



10. Bürgerrechtsgesuche:

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Gesuche geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

10.1. Markovic Zorica und Stojisa, serbische Staatsangehörige, Kriesbachstrasse 61a, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 230/2014

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss

1. MARKOVIC Zorica, serbische Staatsangehörige, geboren am 18. Januar 1961 in Svilajnac (Republik Serbien), verheiratet, Pflegefachfrau und ihr Ehemann MARKOVIC Stojisa, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 25. Juli 1956 in Despotovac (Republik Serbien, verheiratet, auf Arbeitssuche, beide wohnhaft Kriesbachstrasse 61a, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

10.2. Büyüktas Ekber, türkischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Elif, Fatima und Emir, Riedweg 12, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 233/2014

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. BÜYÜKTAS Ekber, türkischer Staatsangehöriger, geboren am 19. April 1976 in Igdır (Türkei), verheiratet, Chauffeur sowie die Kinder BÜYÜKTAS Elif Nisa, türkische Staatsangehörige, geboren am 29. Februar 2008 in Zürich (ZH), BÜYÜKTAS Fatima Sude, türkische Staatsangehörige, geboren am 4. Juli 2010 in Zürich (ZH) und BÜYÜKTAS Emir Adil, türkischer Staatsangehöriger, geboren am 20. September 2012 in Zürich (ZH), wohnhaft Riedweg 12, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**10.3. Liu Lifeng, chinesische Staatsangehörige, Usterstrasse 54, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 236/2014**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 30 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. LIU Lifeng, chinesische Staatsangehörige, geboren am 10. März 1978 in Henan (Volksrepublik China), geschieden, Akupunkteurin, wohnhaft Usterstrasse 54, Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

11. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2014/2015

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 6 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

1. Marcel Berli (SVP): Bewilligungen Baustellen Installationsplatz

„Über mehrere Monate wurde in den letzten 2 Jahren die Obere Zelglistrasse als Baustellen-Installationsplatz der Firma „secchi bau“ für diverse Arbeiten in Dübendorf benutzt. Seit einer Woche belegt das Bauunternehmen bereits zum 3. Mal in Folge eine Fläche von fast 40 x 6 Meter der öffentlichen Parkplätze als Installationsplatz für ihre Bauarbeiten.“

Fragen

1. Wurde die erneute Belegung dieses Installationsplatzes bewilligt?
2. Wenn Ja, was waren die Gründe und wie viel verrechnet die Stadt Dübendorf an das Bauunternehmen für die monatelange Belegung dieser Parkplätze an der Oberen Zelglistrasse in den letzten 2 Jahren?
3. Wurde diese erneute Absperrung verkehrs- und sicherheitstechnisch abgenommen?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Der Installationsplatz Obere Zelglistrasse ist eine Baustelle der Glattwerke AG. Grund für die Arbeiten sind diverse Erneuerungen am Netz und die Arbeiten wurden letzten Freitag abgeschlossen. Der Installationsplatz wurde von der Stadt Dübendorf genehmigt. Der Gesuchsteller war die Glattwerke AG. Die Benützung von öffentlichem Grund kostet pro Monat Fr. 5.00/m². Da aber der



Unternehmer für die Öffentlichkeit spricht für die Wasserversorgung arbeitet, wird auf eine Verrechnung verzichtet. Es macht wenig Sinn, dass wir den Glattwerken eine Rechnung schreiben und diese in der Offerte wieder eine Position „Miete öffentlicher Grund“ hineinschreiben. Eine Weiterverrechnung erfolgt nur an Private. Die Signalisation liegt in der Verantwortung des Unternehmers. Es gibt ganz klare Vorschriften für Absperrungen und Signalisationen im Bauwesen. Diese werden durch die Polizei kontrolliert aber nicht explizit abgenommen. Dies gibt es in der Stadt Dübendorf nicht.“

2. Andrea Kennel (SP/Grüne): **Bahnhofsunterführung**

„Können Sie sich noch an die Zeit erinnern, als die Bahnhofsunterführung noch ein dreckiges Loch war? Oft musste man am Morgen ein Slalom um den herumliegenden Abfall machen. Die Graffitis an den Wänden wurden zwar übermalt, aber mit einem anderen Weiss, so dass die Wände immer schmutzelig aussahen. Einige Flecken wurden auch nie entfernt. Dass damals sogar Clochards in Schlafsäcken anzutreffen waren, erstaunt kaum. Leider spreche ich aber nicht in der Vergangenheit, das ist die traurige Realität in der pinselsanierten Bahnhofsunterführung in Dübendorf.“

Fragen

1. Wie sind die Zuständigkeiten, Pflichten und Verantwortungen bezüglich Bahnhofsunterführung zwischen SBB und Stadt verteilt?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat die Zusammenarbeit mit der SBB zu verbessern, so dass die desolante Situation in der Bahnhofsunterführung bald der Vergangenheit angehört?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Die starke Verschmutzung ging auch nicht an uns vorbei, wir haben dies auch festgestellt. Das einzige, was wir noch nicht angetroffen haben, sind Schlafende.“

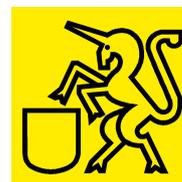
1. Die Zuständigkeit und Verantwortung der Reinigung im Bereich Unterführung liegt allein bei der Stadt Dübendorf. Die Treppen rechts, die Rampen links und die gesamte Perronanlagen gehören zu SBB.
2. Wir prüfen zurzeit, ob wir mehr Reinigung machen müssen. Bereits heute reinigen wir schon am Montag, Mittwoch und Freitag. Die SBB reinigt und leert am Samstag auf den Sonntag auch noch die Abfallkübel. Jedoch reinigt sie nicht die Böden. Wir wollen versuchen, die Pächter, welche dort ihre Läden eröffnet haben, in die Pflicht zu nehmen. Wir sind diesbezüglich mit den Pächtern im Gespräch, um eine bessere Ordnung zu erreichen.“

3. Patrick Schärli (CVP): **Zentrales Raumreservationssystem**

„An der Dübi-Mäss 2014 sowie am „Echoraum“ für Vereine hat der Stadtrat mit Stolz das neue zentrale Raumreservationssystem der Stadt Dübendorf vorgestellt und lanciert.“

Fragen

1. Wie ist der Betrieb angelaufen?
2. Wie rege wird das System von der Bevölkerung und den Vereinen genutzt?
3. Gibt es Feedback von den Nutzern?
4. Wenn ja, welches?“



Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Zuerst möchte ich eine kleine Vorbemerkung machen, da eventuell nicht alle wissen, was ein „Echoraum“ bedeutet. Der „Echoraum“ ist eine Plattform, wo wir seitens SR die Vereine zusammengerufen haben, um die Vereins- und Raumbedürfnisse aufnehmen und aktiv angehen zu können. Das Raumreservationssystem dient für die Erfassung und Anbietung von Räumlichkeiten, die bereits bestehend sind. Wir wurden ja angehalten, den Vereinen die Räumlichkeiten anzubieten, die sie heute vermissen. Aber es gibt ja auch einen Bestand an Räumen. Die erste Idee war darum dieses Raumreservationssystem, welches wir eingerichtet haben, so dass man den Bestand abfüllen kann. Bisher waren die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nicht optimal erfasst, so dass nicht alle auf einen Blick ersichtlich waren.“

Beantwortung der Fragen:

1. Der Betrieb ist zufriedenstellend bis gut angelaufen. Ich hätte allerdings etwas mehr Dynamik erwartet. Es ist so, dass wir im Moment feststellen können, dass 12 Raumanbieter im System erfasst sind. Das ist soweit erfreulich, jedoch noch das Potential, welches wir ansprechen wollten. Von diesen Anbietern sind 45 Räume aktiviert und 20 Räume nicht aktiviert worden. Nicht aktivierte Räume bedeutet, dass dies Räume sind, die zur Verfügung stehen, wo die entsprechenden Anbieter aber mit eigenen Systemen arbeiten. Um dies zu überbrücken haben wir in unserem Raumreservationssystem von diesen Anbietern einen Link integriert, wo man direkt auf die jeweiligen Anbieter kommt. Dies bedeutet auch, dass wir über diese Anbieter keine Daten erfassen können. Bei diesen müssten wir entsprechende Anfragen an die Anbieter machen. Eine Anfrage über die Benutzung/Auslastung ist auf Ende Jahr geplant. Wer übrigens auf die Website der Stadt Dübendorf geht, kann das System testen, denn es ist öffentlich. Somit kann jeder selbst nachschauen, welche Räumlichkeiten (inkl. Angabe der Grösse und vorhandener Infrastruktur) vorhanden sind und welche Räume zu einem gewünschten Datum noch frei sind.
2. Nach einem kurzen Betrieb von vier Monaten haben wir auf den 7 Online-Buchungen, welche wir verfolgen können, 260 Buchungen verzeichnen können. Es ist schwierig zum Abschätzen, was diese Zahl bedeutet.
3. Feedback von Nutzern gab es bis jetzt noch keine. Wir haben festgestellt, dass momentan die meisten Fragen technischer Natur sind. Zukünftig werden wir die Anbieter aktiv angehen und auf der anderen Seite auch die Vereine und Private informieren. Die Vereine sollen sensibilisiert werden, dass sie ihre Bedürfnisse zuerst versuchen über diese System zu erfüllen. Ich bin gespannt auf die Auswertung Ende Jahr. Geplant ist auch wieder ein „Echoraum“, wo die Vereine eingeladen werden. Dort wird die Auswertung bekannt gegeben, über die nächsten Schritte informiert und so die entsprechende Transparenz zu schaffen.“

4. Stefanie Huber (glp/GEU):

Arbeiten an der Glatt

„Von Juni bis August fanden an der Glatt bei der Kunsteisbahn Arbeiten zur Wiederherstellung des Damms statt. Zu diesen Arbeiten möchten wir dem Stadtrat folgende Fragen stellen:

Fragen

1. Weshalb dauerten die Arbeiten länger als am Anfang gedacht? Hat der Wasserdurchbruch etwa weitere Schäden nach sich gezogen?
2. Welche Begründung steckt hinter dem grossen Eingriff durch die Spulwand?
3. Was sind die Auswirkungen auf die Ökologie, z.B. alte Baumbestände, die Biberpopulation usw. – kurz- und längerfristig?“



Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

1. „Die Baustelle musste aus Sicherheitsgründen eingestellt werden. Durch den schlechten Sommer hatten wir sehr viel Wasser und würden mehr kaputt machen, als wir reparieren würden. Aus diesem Grund haben wir die Arbeiten nun rund sieben Wochen eingestellt. Sobald das Wetter hoffentlich wieder besser wird, werden die Arbeiten weitergeführt. Weitere Schäden sind an dieser Schadstelle nicht entstanden. Weiter unten sind kleinere Lecks entstanden, die weiterhin untersucht werden.
2. Die Spulwand mussten wir erstellen, damit wir eine Wasserhaltung montieren konnten, um die Unterspülung stoppen zu können. Nur so konnten wir den Lehm richtig einbauen und verarbeiten.
3. Bei jedem Schritt der Sanierungsarbeiten sind alle verantwortlichen Stellen wie der Naturschutz, Biberschutz, Fisch- und Vogelschutz involviert. Wir können nichts ohne das Einverständnis dieser Stellen unternehmen, was auch richtig ist. Zurzeit wird mit Einbezug dieser Stellen entschieden, wie es weiter gehen soll. Eine Variante ist, den Kanal zu sanieren. Man kann aber auch eine Auerlandschaft erstellen. Beide Varianten werden im Moment geprüft. Auch dort steht natürlich der Natur- und der Biberschutz im Vordergrund, aber auch die Baumbestände, die wir erhalten möchten.“

5. Reto Heeb (CVP):

Bahnhofsunterführung

„Bereits bei der Stellungnahme auf das Gesamtverkehrskonzept hat sich die CVP betreffend der geplanten Aufwertung der Verkehrssituation im Bahnhofsbereich positiv geäußert. Im Bereich des Bahnhofs ergibt sich wegen der Bahnhofsunterführung immer wieder Diskussionsstoff. Vor allem die Themen Doppelnutzung als Veloverbindung und als Zugang zu den SBB Perrons sowie das allgemeine Erscheinungsbild gibt Diskussionsgrundlagen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen zu drei Themenkreisen:

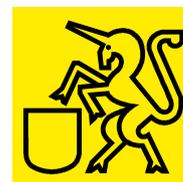
Fragen

1. Warum wurde die Mittelmarkierung in der Bahnhofsunterführung, welche die Unterführung in einen Velo- und Fussgängerbereich teilen, entfernt? Was für einen Einfluss hat diese Massnahme auf die Verkehrssicherheit und vor allem auf die Fussgänger?
2. Durch den Einzug von Nutzungen in den nördlichen Teil der Bahnhofsunterführung kommt es zu lästigen Geruchsemissionen. Ist sich der Stadtrat dieser Geruchsemissionen bewusst? Wurden bereits entsprechende Gegenmassnahmen eingeleitet?
3. Ebenfalls durch diese neuen Nutzungen sieht die CVP die Gefahr von zusätzlichem übermässigem Littering in der Bahnhofsunterführung. Welche Massnahmen hat der Stadtrat in diesem Zusammenhang geplant? Wie werden die Verursacher bei diesem Themen miteinbezogen?

Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)

„Es ist eine interdisziplinäre Frage und der Teil 3 wurde bereits bei der Frage von Andrea Kennel beantwortet. Der Teil 1 betrifft die Sicherheit und ich werde diese stellvertretend für André Ingold beantworten, damit es am Rednerpult nicht allzu viel Wechsel gibt.

1. Die Markierung wurde auch aus Sicherheitsgründen entfernt. Statt dass man „Autobahnen“ schafft und sich alle Leute in Sicherheit wiegen und als Veloführer das Gefühl hat, man könne durchrasen, hat man diese Markierung bewusst entfernt, um eine natürliche Durchmischung zu erreichen. Insbesondere in Stosszeiten ist diese Unterführung sowieso voll mit Personenverkehr und dazwischen Velofahrern. Im Übrigen ist auch im Gesamtverkehrskonzept vorgesehen, dort langfristig eine andere Lösung zu finden.



2. Dies ist ein Bauhygienischer Punkt und das Thema wurde vom Hochbau aufgenommen. Die formellen Schritte für die bauhygienischen Abklärungen sind am Laufen. Ebenfalls wurden Gespräche aufgenommen, so dass man dort in absehbarer Frist wieder einen allgemein erträglichen Zustand erreichen kann.“

6. Hans Baumann (SP/Grüne):

**Geplante Änderung bei der Grundstück-
gewinnsteuer**

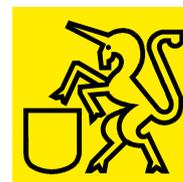
„Der Kanton plant das Steuergesetz so zu ändern, dass zukünftig Unternehmungen ihre Geschäftsverluste mit der Grundstückgewinnsteuer verrechnen können. Der Kanton rechnet mit einem Steuerausfall für die Gemeinden von 70 Mio. Franken. Wahrscheinlich ist es mehr. Gegenwärtig ist die Gesetzesänderung in der Vernehmlassung.

Fragen

1. Hat sich der Stadtrat an der Vernehmlassung beteiligt? Wenn ja, mit welcher Stossrichtung?
2. Wie hoch wären die mutmasslichen Steuerausfälle für die Stadt Dübendorf, falls die Gesetzesänderung angenommen würde?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Die Auskunft, welche wir heute noch vom Leiter Steueramt erhalten haben ist, dass wir gar nicht eingeladen wurden. Es wurde eine Auswahl von Städten gemacht, wo Dübendorf nicht dazugehört. Da wir nicht eingeladen wurden, konnten wir auch keine Stellung nehmen. Ebenfalls wurden auch die Kosten nicht erfasst.“



Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf § 151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

Für die Richtigkeit

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schnider
Gemeinderatspräsident

Angelika Murer Mikolasek
Stimmzählerin

Barbara Schori
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger
Stimmzähler